

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16244
Mittwoch, 09. März 2022

Staatseingriffe und Sanktionen verschärfen angespannte Lage der Lieferketten	1
Österreich hat Potenzial für zusätzlich 27.000 t Weizen	2
LK OÖ: Vollversammlung fordert Überarbeitung des Green Deals	3
Hagelversicherung: Hoher Bodenverbrauch gefährdet Ernährungssouveränität	4
EU: Milchanlieferungen fielen im Jahr 2021 geringer aus	5
Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik: Rektor Haase bis 2027 bestätigt	6
Austria Juice GmbH nimmt Neuordnung der Geschäftsführung vor	7
Bäuerinnen NÖ-Webinar über psychische Stabilität fand regen Zulauf	8

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Staatseingriffe und Sanktionen verschärfen angespannte Lage der Lieferketten

Ungarn und weitere Länder greifen in Agrarexport ein - Russland verknappt Dünger

Wien, 9. März 2022 (aiz.info). - Staatliche Eingriffe aus Angst vor Versorgungsengpässen und das gegenseitige Überziehen des Westens und Russlands mit Sanktionen drohen die angespannte Lage der international stark verflochtenen Lieferketten noch weiter zu verschärfen. Am Sonntag setzte die ungarische Regierung ein Dekret zur Kontrolle der Ausfuhr von strategisch wichtigen Agrarprodukten mit einem staatlichen Vorkaufsrecht in Kraft. Russlands Präsident Wladimir Putin kündigte gestern an, in den kommenden Tagen als Vergeltung westlicher Sanktionen die Ausfuhr bestimmter Rohstoffe in eine noch zu definierende Reihe von Ländern zu untersagen. Das Handelsministerium in Moskau habe laut Agenturberichten den russischen Produzenten von Mineraldüngern "empfohlen", keine Exporte mehr vorzunehmen, weil das Land von ausländischen Transporteuren boykottiert werde.

Die Ukraine wiederum verbot - unabhängig von der ohnehin kriegsbedingten Unterbrechung ihrer Exporte - den Berichten zufolge zur Sicherung ihrer Eigenversorgung die Ausfuhr von Roggen, Hafer, Hirse, Buchweizen, Salz, Zucker, Fleisch und Vieh und machte solche von Weizen, Mais und Sonnenblumenöl sowie auch Geflügel und Eiern lizenzpflichtig. Rumänien hingegen dementierte in Branchenkreisen kolportierte Behinderungen von Weizenexporten. Bulgarien jedoch soll ebenso wie Moldawien die Abfertigung von Getreideausfuhren ausgesetzt haben. Der serbische Präsident Aleksander Vučić kündigte heute an, sein Land verbiete - vorbehaltlich des notwendigen Regierungsbeschlusses - ab Donnerstag die Ausfuhr von Weizen, Mais, Mehl und Speiseölen. Die Preise dieser Güter seien in den letzten Tagen sprunghaft gestiegen, und es solle nicht erlaubt werden, dass Geschäftemacher auf Kosten der Versorgung im Inland daran verdienen.

Ungarn kontrolliert per Dekret Ausfuhr strategischer Agrargüter

Das ungarische Regierungsdekret regelt die Ausfuhrkontrolle von Weizen und Mengkorn, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, Sojabohnen und Sonnenblumenkernen zur menschlichen Ernährung und Tierfütterung. Händler müssen demnach Exportgeschäfte dem Nationalen Amt für Sicherheit der Lebensmittelkette (NFCSO) vorab melden, das die Mitteilungen dann dem Landwirtschaftsministerium zur Prüfung übermittelt, ob dieses Geschäft die Versorgung Ungarns gefährde. Sollte dies der Fall sein, kann der Staat ein Vorkaufsrecht zu marktüblichen Preisen geltend machen. Der Staat hat dazu eine Frist von 30 Tagen ab der Mitteilung. Branchenkreise rätseln nun, wie diese Maßnahme mit dem Prinzip des freien Warenverkehrs in der EU vereinbar ist. Jedoch soll die Europäische Kommission als Hüterin des EU-Rechts im Zuge der dafür notwendigen Notifizierung nicht dagegen eingeschritten sein, und es sollen zu Wochenbeginn schon erste Lieferungen an den Grenzen Ungarns gestoppt worden sein.

Ungarn ist ein Nettoexporteur von Getreide hauptsächlich in den umliegenden EU-Raum und auf den Westbalkan, in der zentraleuropäischen Binnenlage sind Drittlandsverschiffungen aus Gründen der hohen Transportkosten weitgehend unwirtschaftlich. Ungarn soll 2021/22 fast 2,2 Mio. t Weizen und nach einer schwachen Ernte "nur" etwa 1,6 Mio. t Mais zur Ausfuhr zur Verfügung haben. An erster Stelle der Empfänger steht Italien mit knapp 1,1 Mio. t Weizen und fast 1 Mio. t Mais. Aus Italien hagelte es geharnischten Protest gegen den Schritt Ungarns. Die EU-Kommission müsse entschieden dagegen vorgehen und den freien Warenverkehr am Binnenmarkt sicherstellen.

Aber auch Österreich bezieht an die 0,5 Mio. t Weizen und gut 200.000 t Mais aus Ungarn. Eine Unterbrechung ungarischer Lieferungen von Mais könnte in den kommenden Wochen die Rohstoffversorgung industrieller Verarbeiter hierzulande verknappen, und bei Pflanzenölen ist Österreich überhaupt stark von Importen abhängig.

Rumänien dementiert Restriktion des Weizenexports

Dem steht die Aussage des rumänischen Landwirtschaftsministers Adrian-Ionu Chesnoiu von Montag gegenüber, sein Land beabsichtige im Gegensatz zu vorangegangenen Meldungen aus Branchenkreisen nicht, Restriktionen auf den Export von Getreide anzuwenden. Es habe ausreichend Angebot, weil man deutlich mehr produziere als selbst verbrauche. Rumänien ist nach Frankreich größter Weizenexporteur der EU auf den Weltmarkt. Es tätigt seine Ausfuhren wie die Ukraine über das Schwarze Meer und wird nach dem Ausfall dieses Nachbarn zunehmend als alternativer Lieferant attraktiv. Laut dem Minister produziere Rumänien in einem guten Jahr mehr als 11 Mio. t Weizen, verbrauche aber selbst nur rund 4,3 Mio. t.

Moskau verschärfte angespannte internationale Düngemittelversorgung

Moskau indes versucht nun, ausländische Transporteure, die Russland boykottierten, für Ausfälle vertraglich zugesagter Mineraldüngerlieferungen verantwortlich zu machen. Laut Handelsressort in Moskau sei Russland einer der drei größten Lieferanten von Mineraldünger auf der Welt. Die russische Statistik spricht von knapp 25 Mio. t Produktion, wovon knapp zwei Drittel in den Export gingen. Neben Westeuropa ist vor allem der Agrarriese Brasilien zu etwa 70% von russischem Dünger abhängig. Schon Anfang Februar stoppte die Moskauer Regierung bis vorerst 1. April die Ausfuhr von Ammoniumnitrat mit der offiziellen Begründung, die Versorgung der Kampagne zum Frühjahrsanbau im eigenen Land sicherstellen zu können.

Diese Maßnahmen Russlands verschärfen die ohnehin durch hohe Gaspreise schon angespannte Lage der internationalen Düngemittelversorgung zusätzlich. (Schluss) pos

Österreich hat Potenzial für zusätzlich 27.000 t Weizen

Schmiedtbauer: Anbauflächen für Lebensmittelversorgung mobilisieren

Straßburg, 9. März 2022 (aiz.info). - "Im Namen des Umweltschutzes stillgelegte Anbauflächen müssen vorübergehend wieder für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Dadurch könnten allein in Österreich rund 27.000 t zusätzlicher Weizen angebaut werden", sagt **Simone Schmiedtbauer**, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament, die gemeinsam mit der ÖVP-Delegation im Europaparlament eine schriftliche Anfrage an die EU-Kommission gerichtet hat, um Maßnahmen für die Gewährleistung der Lebensmittelversorgungssicherheit auf den Weg zu bringen.

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine führe zu massiven Verknappungen von agrarischen Rohstoffen, insbesondere Weizen, von denen Europa stark abhängig sei. "EU-Gesetzespakete für den Agrarsektor, wie die Farm to Fork- oder Biodiversitäts-Strategie des Green Deals, müssten neu bewertet werden", sagt Schmiedtbauer und fordert die Kommission auf, stillgelegte EU-Anbauflächen vorübergehend für die Lebensmittelproduktion freizugeben, statt die Stilllegung weiter zu erhöhen.

"Allein in Österreich könnte so eine Fläche von rund 7.800 ha zusätzlich bewirtschaftet werden, was für die Produktion von beispielsweise über 22.000 t zusätzlichem Weizenmehl reichen würde. Die rund 45 Mio. Brote, die man damit backen könnte, wären ein wichtiger Beitrag zur Ernährungssicherheit in Europa und der Welt."

Bereits jetzt würden Landwirtinnen und Landwirte ihre Viehbestände reduzieren, Mischfuttermittelwerke ihre Produktion drosseln und die Düngemittelpreise in lichte Höhen klettern. "Die Kommission muss handeln. Es braucht nicht nur Unterstützung für unsere vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe, sondern insbesondere auch für die Konsumenten, die mit steigenden Lebensmittelpreisen konfrontiert sein werden", verweist Schmiedtbauer auf die Anfrage der ÖVP-Delegation an die Kommission. Die EU-Abgeordneten haben darin nachgefragt, wie die Kommission die Lebensmittelversorgungssicherheit in der EU garantieren wird, welche Maßnahmen gegen Getreide- und Futtermittelknappheit geplant werden und wie eine echte Unterstützung der europäischen Landwirte und Konsumenten angesichts der multidimensionalen Krise aussehen kann. (Schluss)

LK OÖ: Vollversammlung fordert Überarbeitung des Green Deals

Ernährungssouveränität muss an erster Stelle stehen

Linz, 9. März 2022 (aiz.info). - "In der aktuellen Krisensituation muss dem Thema Lebensmittelversorgung sowie der Ernährungssouveränität absolute Priorität eingeräumt werden", forderte Landwirtschaftskammer (LK) Oberösterreich-Präsident **Franz Waldenberger** vor der heute tagenden LK OÖ-Vollversammlung. Hintergrund ist, dass die Ukraine, die Kornkammer Europas und viertgrößter Weizenproduzent weltweit, nach der Invasion Russlands heuer als Exporteur zur Gänze auszufallen droht. Zugleich ist die Ukraine bei Sonnenblumen der wichtigste und bei Mais ein zentraler Exporteur am Weltmarkt. Bereits vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges hatte sich die weltweite Versorgungslage extrem zugespitzt. Gleichzeitig hat die EU-Kommission für den 23. März die Vorlage eines Verordnungsvorschlags zur verpflichtenden massiven Reduktion des Pflanzenschutzmittel- und Düngemiteleinsatzes im Rahmen des Green Deals beziehungsweise der Farm to Fork-Strategie angekündigt.

Konkret ist vorgesehen, in der EU bis 2030 den Pflanzenschutzmittel- sowie den Antibiotikaeinsatz um 50% sowie den Düngemiteleinsatz um 20% zu reduzieren. Gleichzeitig sollen 10% der landwirtschaftlichen Nutzfläche für Naturschutzzwecke aus der Produktion genommen werden. Mit einem weiteren Verordnungsvorschlag zur Wiederherstellung der Natur ist geplant, umfangreiche landwirtschaftliche Produktionsflächen wieder zu renaturieren und damit ebenfalls aus der landwirtschaftlichen Produktion zu nehmen. "Hinsichtlich der aktuellen Zuspitzung der Versorgungslage bei Lebensmitteln und Energie ist die EU-Kommission mit Nachdruck aufgefordert, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen", so Waldenberger. Die Vollversammlung der LK OÖ fordert die Bundesregierung in einer mehrheitlich beschlossenen Resolution auf, sich angesichts der aktuellen Krisensituation gegenüber der EU-Kommission mit Nachdruck für den Verzicht auf die Vorlage der angekündigten Verordnungsvorschläge einzusetzen.

"Die heimischen bäuerlichen Familienbetriebe stehen insbesondere für eine umweltorientierte und klimaeffiziente Lebensmittelproduktion. Die angekündigten EU-Maßnahmen würden in letzter Konsequenz zu einer Verlagerung der Agrar- und Lebensmittelproduktion in Regionen außerhalb der EU führen und zudem die Preissituation und Versorgungslage bei Lebensmitteln auch innerhalb der EU weiter zuspitzen", macht der LK OÖ-Präsident aufmerksam.

Versorgungssicherung erfordert rascheren Anstieg agrarischer Erzeugerpreise

Zudem ist aktuell ein Großteil der heimischen bäuerlichen Familienbetriebe mit einer angespannten wirtschaftlichen Situation konfrontiert. Insbesondere tierhaltende Betriebe waren zuletzt mit massiven Kostensteigerungen in den Bereichen Futtermittel, Düngemittel, Strom, Diesel, Maschinen und Geräte sowie im Stallbau konfrontiert, die sich noch nicht in entsprechend höheren Erzeugerpreisen niedergeschlagen haben. Nicht wenige Betriebsführer tragen sich daher aktuell mit dem Gedanken, aus der Produktion auszusteigen und die Tierhaltung einzustellen.

Die Vollversammlung der LK OÖ fordert daher von den Lebensmittelverarbeitern und insbesondere vom Lebensmittelhandel raschere Anpassungen bei den Erzeugerpreisen für Fleisch, Milch und Eier. Die bäuerlichen Familienbetriebe brauchen in der aktuell wirtschaftlich äußerst angespannten Situation rasch entsprechende Signale, um in der Produktion zu bleiben, die Versorgung mit heimischen Nahrungsmitteln weiter zu sichern und damit in nächster Zeit auch extremere Preisausschläge bei den Lebensmittelpreisen zu vermeiden.

Auch die Düngemittelproduktion und -versorgung stellt aktuell einen sehr kritischen Bereich dar. "Hier war die Preis- und Versorgungslage schon vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges äußerst angespannt. Die weiter steigenden Gaspreise führen aktuell zu Rekordpreisen bei Stickstoffdüngemitteln, sofern diese überhaupt am Markt verfügbar sind. Zudem hat Russland für Februar und März ein Exportverbot für den Stickstoffdünger Ammoniumnitrat verhängt, und die umfangreichen Stickstoffdünger-Produktionskapazitäten in der Ukraine stehen mittlerweile still", erklärt Waldenberger. Vor diesem Hintergrund fordert die Vollversammlung der LK OÖ in einer einstimmig beschlossenen Resolution einen sofortigen Stopp des Verkaufs der Borealis-Düngemittelsparte an einen russischen Eigentümer. Sowohl das Finanzministerium als auch das Management der OMV werden aufgefordert, für einen Abbruch der derzeitigen Verkaufsverhandlungen zu sorgen. (Schluss)

Hagelversicherung: Hoher Bodenverbrauch gefährdet Ernährungssouveränität

Weinberger: Wer Sicherheit will, darf Böden nicht zubetonieren

Wien, 9. März 2022 (aiz.info). - "Wir brauchen in Österreich und generell in Europa einen neuen Sicherheitsbegriff. Dieser darf aber nicht nur mit Waffen, stärkeren Investitionen in die Verteidigung und mit einer konsequenten Umsetzung der beschlossenen Klimapolitik zu tun haben. Wir brauchen auch eine verstärkte Bewusstseinsbildung für den Erhalt unserer Lebensgrundlage Boden", weist **Kurt Weinberger**, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung, angesichts des Krieges in der Ukraine auf einen wichtigen Sicherheitsaspekt hin.

"Wer über Ressourcen wie Böden verfügt, ist in einer besseren Lage als derjenige, der sich Ressourcen beschaffen muss. Es ist daher notwendig, beim Bodenverbrauch rasch eine Trendumkehr herbeizuführen. Nur so können wir unseren zukünftigen Generationen einen einzigartigen Lebensraum weitergeben, Abhängigkeiten bei der Lebensmittelversorgung vermeiden sowie einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten", so Weinberger.

"Die Ukraine gilt als Kornkammer Europas. Sie hat 40 Mio. ha Ackerböden, die größtenteils aus wertvoller Schwarzerde bestehen. Vor der russischen Invasion prognostizierten Analysten, dass in diesem Jahr große Anteile der globalen Agrarlieferungen auf die Ukraine entfallen würden: 12% der Weizenausfuhren, 16% der Mais- und 19% der Rapsexporte. Bei Sonnenblumenöl steht das Land im internationalen Vergleich überhaupt an erster Stelle. Der jetzige Krieg führt neben dem unfassbaren menschlichen Leid global zu einer Instabilität bei agrarischen Rohstoffen", unterstreicht Weinberger.

Sicherheit neu denken: Boden schützen - Abhängigkeiten vermeiden

"In Österreich müssen wir zwar aktuell keinen Versorgungsengpass bei Lebensmitteln aufgrund der russischen Invasion in der Ukraine befürchten, wenngleich der Selbstversorgungsgrad bei Weizen aktuell bei 88% und bei Soja nur mehr bei 20% liegt. Gerade deswegen dürfen wir uns nicht von Importen abhängig machen wie bei den Gaslieferungen aus Russland. Wir zerstören in Österreich jährlich durch Verbauung 4.200 ha Agrarfläche. Das entspricht rund 25 Mio. kg Brotgetreide beziehungsweise dem jährlichen Bedarf an frischem Brot und Gebäck von knapp 300.000 Österreichern", so der Vorstandsvorsitzende.

"Wir verlieren also durch den fortschreitenden Bodenverbrauch zunehmend unsere Ernährungssouveränität. Damit sind wir auf lange Sicht nicht mehr imstande, das, was wir für das Leben brauchen, aus eigenen Ressourcen zu erzeugen. Dabei ist der Schutz der Souveränität eine der wichtigsten Aufgaben, die wir in Österreich zu bewältigen haben, und dazu gehört die Lebensmittelversorgungssicherheit. Denn ohne Böden kein Essen und ohne Essen kein Leben - diesen einfachen Grundsatz sollten wir endlich verstehen", so Weinberger. (Schluss)

EU: Milchlieferungen fielen im Jahr 2021 geringer aus

Rückläufiger Trend setzt sich heuer weiter fort

Brüssel, 9. März 2022 (aiz.info). - Die Milchlieferungen an die Molkereien in der EU fielen 2021 etwas geringer aus als 2020. In Summe lag die Menge um 0,3% unter dem Vorjahresniveau, schaltjahrbereinigt ergab sich eine unveränderte Anlieferung. Dies geht aus jüngsten Berechnungen der Marktbeobachtungsstelle Milch der EU-Kommission hervor. Während produktionsstarke Länder wie Deutschland (-1,6%) und Frankreich (-1,2%) eine spürbar geringere Verarbeitung verzeichneten, erhöhten die Landwirte in Irland (+5,7%), Italien (+3,3%) und Spanien (+1,3%) ihre Anlieferung deutlich. Für Österreich weist die EU-Statistik ein Plus von 0,8% aus.

Nach Angaben der deutschen Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) belief sich die Milchlieferung im Kalenderjahr 2021 EU-weit auf 144,8 Mio. t. Das seit 2009 vorherrschende Wachstum der Milchlieferung in der Union hat sich damit im vergangenen Jahr nicht fortgesetzt. Neben dem weiteren Rückgang der Milchkuhbestände haben sich auch die deutlich gestiegenen

Kosten in der Erzeugung und die regional schlechten Grundfutterqualitäten dämpfend auf das Milchaufkommen ausgewirkt, so die Experten.

Im Dezember 2021 fiel der Rückgang der Milchanlieferungen noch deutlicher aus. Die Gesamtmenge wurde laut EU-Kommission gegenüber dem Vorjahreswert um 1,4% verringert, wobei in 16 Mitgliedsländern ein Minus verzeichnet wurde (Deutschland -2,9%, Frankreich -2,7%). Demgegenüber wurden höhere Verarbeitungsmengen vor allem in Österreich (+3,7%) und Ungarn (+5,5%) gemeldet.

Sinkende Produktion auch in Ozeanien und den USA

Auch in produktionsstarken Regionen außerhalb der EU ist das Wachstum bei der Milchanlieferung zum Erliegen gekommen. In Neuseeland wurde im Milchjahr 2020/21 (Juni bis Mai) noch eine Steigerung der Rohmilchproduktion um 2,6% erzielt. In der neuen Saison 2021/22 kam es bis Jänner aufgrund von Witterungsproblemen zu Einbußen von insgesamt 3,8%. Ein ähnlicher Trend wird in Australien beobachtet. Hier wurde im abgelaufenen Milchwirtschaftsjahr 2020/21 (Juli bis Juni) noch um 0,9% mehr Rohstoff von den Molkereien verarbeitet. In der Saison 2021/22 ergab sich bis Jänner in Summe ein Minus von 2,6%. Die USA meldeten im Kalenderjahr 2021 noch eine Erhöhung ihrer Milchproduktion um 1,4%. Im Jänner 2022 folgte dann ein Rückgang von 1,6%.

Aufgrund des knappen Rohstoffangebotes und der anhaltend guten Nachfrage sind, wie berichtet, die Notierungen für Standardmilchprodukte am Weltmarkt stark gestiegen. So lagen die Butter-Kurse Anfang März 2022 in der EU im Schnitt um 52%, in den USA um 57% und in Ozeanien um 24% über dem Vorjahresniveau. Für Magermilchpulver wurde in der EU um 45%, in den Vereinigten Staaten um 59% und in Ozeanien um 35% mehr Erlöst als vor einem Jahr. Auch die Kurse für Vollmilchpulver (EU: +46%, USA: +33%, Ozeanien: +15%) haben im Jahresabstand stark zugelegt. (Schluss) kam

Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik: Rektor Haase bis 2027 bestätigt

Anzahl der Studierenden auf mehr als 1.000 gestiegen

Wien, 9. März 2022 (aiz.info). - **Thomas Haase** wurde in seiner Funktion als Rektor der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik Wien bis 2027 bestätigt. Das Dekret zur Verlängerung des laufenden Vertrages überreichte ihm Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**. Der Niederösterreicher ist seit 2007 Rektor der Hochschule. Unter seiner Leitung hat sich die Anzahl der Studierenden von 150 (2007) auf mehr als 1.000 erhöht. 2022 wurde Haase in den Vorstand der Rektorinnen- und Rektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen gewählt.

"Landwirtschaft und Umwelt sind untrennbar miteinander verbunden. Die Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik versteht es wie keine andere Institution, diese beiden Bereiche pädagogisch miteinander zu verbinden. Rektor Thomas Haase hat in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag geleistet, dass die Hochschule jetzt dort ist, wo sie hingehört, nämlich an die Spitze der landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen. Gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen sind wertvolle Multiplikatoren einer zukunftsfähigen nachhaltigen Entwicklung im Zusammenspiel von Landwirtschaft und Umwelt", betont Köstinger.

Haase führt einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb im Wienerwald und hat während seiner bisherigen Amtszeit innovative Bildungs- und Beratungskonzepte entwickelt. "Pädagogik, Beratung und Erwachsenenbildung, das sind Berufsfelder mit Zukunft. Die Arbeit mit Menschen und der Natur bietet viele spannende Tätigkeitsbereiche und gute Jobaussichten. In den kommenden Jahren werden viele Lehrende an land- und forstwirtschaftlichen Schulen gesucht", so der Rektor. (Schluss)

Austria Juice GmbH nimmt Neuordnung der Geschäftsführung vor

Wilhelm Schratz leitet Vertrieb Fruchtsaftkonzentrate und Logistik

Wien, 9. März 2022 (aiz.info). - Wilhelm Schratz (39) wurde mit Wirkung vom 1. März 2022 in die Geschäftsführung der Austria Juice GmbH berufen. Schratz ist 2012 in das Unternehmen eingestiegen, in der Geschäftsführung wird er die Bereiche Vertrieb Fruchtsaftkonzentrate und Logistik verantworten.

Lukas Maier (42) wird auf eigenen Wunsch mit 31. März 2022 aus dem Unternehmen ausscheiden und in die RWA Raiffeisen Ware Austria AG wechseln. Ab 1. April 2022 ist er als Geschäftsführer der RWA International Holding für den Bereich Futtermittel verantwortlich. Seine Agenden in der Austria Juice übernimmt zusätzlich CEO Franz Ennser.

Die Geschäftsführung der Austria Juice GmbH setzt sich ab 1. April 2022 damit aus folgenden drei Mitgliedern zusammen: Franz Ennser, Kai Antonius und Wilhelm Schratz.

Ennser ist zuständig für die Geschäftsbereiche Rohstoff, Produktion, Personal, Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung, Finanzen, Controlling, Recht, IT sowie Compliance. Antonius verantwortet die Bereiche Vertrieb Added Value, Produktentwicklung, New Business Development, Lebensmitteltechnologie und Marketing. Schratz leitet die Bereiche Vertrieb Fruchtsaftkonzentrate, Logistik, Zoll und Sales Back Office.

Austria Juice ist ein Joint Venture der Agrana Beteiligungs-AG und der RWA Raiffeisen Ware Austria AG. Produziert werden Fruchtsaftkonzentrate, Fruchtpurees und natürliche Aromen sowie Getränkegrundstoffe und Direktsäfte für die weiterverarbeitende Getränkeindustrie. Das Unternehmen mit rund 800 Mitarbeitern hat seinen Firmensitz in Kröllendorf/NÖ und verfügt über 14 Standorte in Österreich, Deutschland, Ungarn, Polen, Rumänien, der Ukraine und China. (Schluss)

Bäuerinnen NÖ-Webinar über psychische Stabilität fand regen Zulauf

Gesundheit bekommt man nicht im Handel, sondern nur durch Lebenswandel

St. Pölten, 9. März 2022 (aiz.info). - Die Bäuerinnen sind traditionsbewusste und zugleich moderne Unternehmerinnen mit Interesse an Weiterbildungen und Offenheit für Neues. Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März haben die Bäuerinnen NÖ daher im Rahmen ihrer vielfältigen Aktivitäten ein Webinar unter dem Titel "Gesundheit bekommt man nicht im Handel, sondern nur durch Lebenswandel" angeboten. Rund 360 interessierte Frauen haben daran teilgenommen.

"Das enorme Interesse der Frauen an unserem Bäuerinnen-Webinar zeigt das große Bedürfnis an Informationen betreffend psychische und emotionale Gesundheit auf. Durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg ist die psychische Belastung deutlich gestiegen. Das zeigen auch viele Untersuchungen. Mit Ende März 2022 startet daher die Bundesregierung die Initiative 'Gesund aus der Krise'. Das Ziel ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung psychosozialer Probleme infolge der COVID-19-Krise. Aber Geld allein reicht nicht, es braucht auch die Enttabuisierung psychischer und psychosozialer Probleme, damit rechtzeitig Hilfe in Anspruch genommen werden kann. Dafür setzen wir Bäuerinnen uns mit diesem Webinar ein. Wenn die Frauen das Thema psychische und emotionale Gesundheit aktiv aufgreifen, hat das eine enorme Wirkung in deren Familien und persönlichem Umfeld", erklärt Landesbäuerin **Irene Neumann-Hartberger**.

Christine Hackl, diplomierte Lebens- und Sozialberaterin, systemischer Coach und Trainerin für Wirtschafts- und Sozialkompetenzen, ist schon seit vielen Jahren mit ihren Angeboten, Vorträgen und Seminaren bei den Bäuerinnen immer wieder gern gesehen. Besonders wichtig ist ihr dabei, Menschen zu begeistern, zu motivieren und die beste Version von sich selbst zum Vorschein zu bringen. "Wenn der Mensch psychisch stark und stabil ist, kann er viele Lebenssituationen völlig anders bewerten und bewältigen. Wir dürfen uns niemals als Opfer unserer Umstände sehen, sondern vielmehr als Gestalter unseres Lebens. Wenn wir das verinnerlicht haben und verstehen, dass wir immer ein 'Wörtchen' mitzureden haben, dann können wir das Bestmögliche aus uns herausholen", so Hackl.

Neues Beratungsangebot "HOF.Leben"

Auch die Landwirtschaftskammer (LK) NÖ selbst hat das Angebot im Bereich psychosoziale Beratung weiterentwickelt und das Beratungsangebot "HOF.Leben - Beratung.Coaching.Mediation" erarbeitet. Das Angebot richtet sich vor allem an Bäuerinnen und Bauern in schwierigen Lebenssituationen, die gerne eine externe Begleitung in Anspruch nehmen möchten. "Die Lebens- und Sozialberater(innen) und Mediator(inn)en im 'HOF.Leben'-Team erarbeiten immer gemeinsam mit den Menschen die bestmögliche Lösung für eine verzwickte Situation", freut sich **Elisabeth Rennhofer**, diplomierte Lebensberaterin im Team "HOF.Leben". Hauptthemengebiete der "HOF.Leben"-Beratung sind die Hofübergabe und -übernahme, Generationenkonflikte sowie die betriebliche (Neu)-Orientierung. Weitere Informationen zu diesem und weiteren Beratungsangeboten der Landwirtschaftskammer NÖ stehen unter www.noelko.at/beratung zur Verfügung. (Schluss)